

Was will Brüssel?

Wissenschaftler aus West- und Osteuropa suchen nach einem gemeinsamen europäischen Sozialmodell **VON CHRISTIAN TENBROCK**

Vielleicht ist es ja der falsche Zeitpunkt, inmitten des tiefen Abschwungs über ein gemeinsames soziales Haus in Europa nachzudenken – weil anderes drängender erscheint und der wirtschaftliche Absturz alles überlagert. Vielleicht ist diese Zeit aber auch gerade gut: um Europa an seine Gemeinsamkeiten zu erinnern, an seine Traditionen und verbindenden Werte. Und um der Europäischen Union ein Projekt zu verordnen, das über die Krise weit hinausweist.

In einem Sammelband versucht sich die Friedrich-Ebert-Stiftung an dieser Aufgabe. Wissenschaftler aus West- und Osteuropa beschreiben unterschiedliche Sozialmodelle in sieben EU-Staaten und fragen, ob aus ihnen ein gemeinsames europäisches Modell entstehen könnte.

Den Kontinent verbinde ein überall gültiger Wertekanon, dessen wichtigste Bestandteile das Streben nach Solidarität und Gleichheit seien, schreibt Peter Hengstenberg, der Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau und Mitherausgeber des Bandes. Die polnische Soziologin Stanisława Golinowska geht noch weiter: Im Vergleich zum Rest der Welt zeige sich, dass etwa die Ungleichheit der Einkommen im europäischen Schnitt niedriger und die Rolle des Staates beim sozialen Schutz seiner Bürger ausgeprägter seien. Europäische Länder zeigten damit »Gemeinsamkeiten, die sie deutlich von anderen entwickelten Teilen der Erde unterscheiden«.

Allerdings sind dies Gemeinsamkeiten in der Verschiedenheit. Seit je wählen die EU-Staaten unterschiedliche Wege. Das betrifft nicht nur die Finanzierung des Sozialstaats, den etwa die Dänen vor allem über Steuern und die Deutschen oder Tschechen über die Sozialversicherung finanzieren. Holzschnittartig beschrieben, unterscheiden sich die Nationen auch danach, ob sie Sozialpolitik in erster Linie als nachträgliche Korrektur von Marktversagen begreifen (Großbritannien), vor allem Familien oder Arbeitslosen vorsorglich helfen (Italien, Frankreich, Deutschland) – oder mit staatlichem Handeln größere gesellschaftliche Gleichheit schaffen wollen (Skandinavien).

Schon diese Unterschiede führen zu Konflikten, wenn es um die Formulierung einer europäischen Sozialpolitik oder auch nur einzelner gemeinsamer Maßnahmen geht. Verschärft werden die Konflikte noch durch die Aufnahme der Staaten Mittel- und Osteuropas in die EU, deren Beitritt von der Befürchtung begleitet war, dass soziale Standards fortan europaweit sinken würden – und dass »Brüssel« bei diesem Prozess vorneweg ginge.

Ob diese Sorge gerechtfertigt war, darf inzwischen bezweifelt werden. Im für seine marktliberale Politik bekannten Estland beispielsweise, meint die Litauerin Jolanta Aidukaite, habe die EU-Integration dazu beigetragen, das Prinzip der Solidarität und den universalen Charakter des Sozial-

staats zu erhalten. Die teils tief greifenden nationalen Sozialreformen der vergangenen Jahre seien denn auch eher der Versuch, Probleme zu bewältigen, die alle Europäer in Ost und West gleichermaßen betreffen, schreibt Golinowska – die Alterung der Gesellschaften, die Herausforderungen der Globalisierung oder die Frage, wie ein universal tätiger Sozialstaat noch zu finanzieren ist. Auch die gefundenen Antworten ähnelten sich: Europas Wohlfahrtsstaaten seien heute generell weniger generös und verlangten fast durchgängig mehr Flexibilität und individuelle Vorsorge von ihren Bürgern.

Doch auch diese Reformen sind nur das Resultat der von den jeweiligen Befindlichkeiten geprägten nationalen Politik. Bei der Suche nach konkreten Lösungen spiele »Brüssel« kaum eine Rolle, sind sich die Autoren einig. Man ist unsicher, was die EU überhaupt will, bringt es der Tscheche Martin Potůček auf den Punkt: »Einer der beiden Janusköpfe (der EU) spricht über weitere Handelsliberalisierung, über Haushaltsdisziplin und flexible Arbeitsmärkte ... Der andere Januskopf redet von sozialer Gerechtigkeit, sozialen Rechten und dem Kampf gegen die Armut.« Beides fügt sich nicht zu einem gemeinsamen Ganzen. Das Soziale sei in der EU-Politik bislang eindeutig dem Ökonomischen untergeordnet, meint Golinowska: »Marktfreiheit gilt als essenziell für ökonomischen Erfolg.«

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat nun freilich die Funktionsfähigkeit freier Märkte radikal infrage gestellt. Damit wäre es an der Zeit, auch das Primat der Wirtschaft im Prioritätenkatalog der EU zu überprüfen: Behindert eine vom starken Einfluss des Staates geprägte Sozialpolitik wirklich den Versuch Europas, eine konkurrenzfähige Wirtschaft zu bauen? Sollte

Sozialpolitik nicht im Gegenteil gleichgewichtig neben der Wirtschaftspolitik stehen, können sich beide nicht befruchten – etwa bei der Bildung? Und wenn dieses für ganz Europa gelten soll, kann es sich die EU dann wirklich leisten, das »Soziale« weitgehend den Nationalstaaten zu überlassen?

Nachhaltiges Wirtschaftswachstum könne es nur geben, wenn Sozial- und Wirtschaftspolitik gemeinsam Grundlage für soziale Gerechtigkeit seien, urteilt Peter Hengstenberg. In der Krise interessiert dieser Zusammenhang wenige. Wenn die Krise aber vorbei ist, wird Europa sich dem Sozialen wieder zuwenden müssen. Es wäre gut, wenn seine Nationen dann voneinander lernten und die EU diesen Lernprozess koordinieren und antreiben würde.

**Stanisława Golinowska/Peter Hengstenberg/
Macisław Żukowski (Hrsg.):
Diversity and Commonality in European Social
Policies: The Forging of a European Social Model**
427 S., 35,10 Zloty. Zu beziehen über
phengstenberg@feswar.org.pl. oder über
www.scholar.com.pl

